

■ Seit fast zwei Jahrhunderten ist das Abitur als Abschlussprüfung der höheren Schulbildung staatlich genau vorgeschrieben. Das »Preußische Abiturreglement« von 1834 sah sechs bis sieben unter Aufsicht geschriebene Arbeiten vor: Jeweils einen deutschen und einen lateinischen Aufsatz und eine mathematische Arbeit (fünfstündig), die Übersetzung eines deutschen Aufsatzes ins Lateinische und ins Französische sowie eines griechischen Aufsatzes

höheren Bürgerschulen) und privat unterrichtete Adelige und Söhne reicher Bürger die Universität besuchen konnten. Das Reglement ersetzte erstmals das Prinzip der adeligen oder reichen Geburt durch den Nachweis einer Prüfungsleistung. Die Verengung des Hochschulzuges war gleichzeitig die staatliche Reaktion auf die erste »Überfüllungskrise« der Universitäten und sollte ihn stark begrenzen.

Diese restriktive Regelung stieß jedoch im Zuge der raschen Industrialisierung im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts an ihre Grenzen. In Industrie und Militär fehlte es zunehmend an naturwissenschaftlich und neusprachlich gebildeten Fachkräften für Leitungspositionen. Vor allem in den Industriestädten wurden immer mehr Realgymnasien und Oberrealschulen gegründet, die statt Altgriechisch moderne Fremdsprachen und die Naturwissenschaften zum Schwerpunkt hatten. Schließlich wurde deren Abschluss 1900 offiziell gleichgestellt. Die Zahl der Abiturienten verdoppelte sich bis zum Ersten Weltkrieg, aber die Standesschranke blieb weiterhin hoch, u.a. wegen des zu zahlenden Schulgeldes. Am Monopol des Gymnasiums hat sich in Deutschland bis in die 60-er Jahre des 20. Jahrhunderts wenig geändert. Immerhin wurde in der Weimarer Republik 1926 das höhere Mädchenschulwesen, das vorher weitgehend privat organisiert war, in das staatliche System integriert, und Frauen konnten hier jetzt auch die allgemeine Hochschulreife erwerben. Außerdem wurden einige Aufbaugymnasien gegründet, an denen Volksschüler das Abitur erreichen konnten. Die NS-Diktatur war eine Phase des Bildungsabbaus. Vor Kriegsende wurde das Notabitur oft ohne Abschlussprüfung ausgestellt. Die Westzonen und ab 1949 die Bundesrepublik übernahmen weitgehend das System der Weimarer Republik. Nur das Schulgeld wurde abgeschafft. Die Quote der Zugangsberechtigten für die Hochschulen blieb niedrig, sie lag 1950 bei 5% und 1960 bei 7%.

### »Ausschöpfung der Begabungsreserven« – Die Bildungsreformen der 1970-er Jahre

Bis zur Mitte der 1960-er Jahre war die Entwicklung der Bundesrepublik durch Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung gekennzeichnet. Die niedrige Abiturientenquote schien hierbei nicht zu stören. Doch es zeichnete sich für die Zukunft ein starker Fachkräftemangel ab – zunächst vor allem bei den Lehrkräften und den Ingenieuren. Seit 1961 war außerdem der Zustrom qualifizierter Arbeitskräfte aus der DDR versiegt. Die Forderung nach einer grundlegenden Reform des deutschen Schul- und Hochschulsystems war somit sowohl ökonomisch begründet, als auch durch den politischen und kulturellen Umbruch der Jahre 1968/69 verstärkt. Der 1965 gegründete Deutsche Bildungsrat plante ein gestuftes und durchlässiges System mit einer integrierten Sekundarstufe I und Oberstufenzentren, in denen allgemeine und berufliche Bildung verbunden werden sollten, sowie neue Gesamthochschulen. Als »Begabungsreserven« für die Erhöhung der Abiturientenquote wurden die Mädchen, die Arbeiterkinder und die ländlichen Regionen ausgemacht.

Die Realisierung eines integrierten Stufenschulsystems nach internationalem Vorbild scheiterte in den 1970-er und 1980-er Jahren am konservativen Widerstand. Gleichwohl wurde durch Teilreformen (Orientierungsstufen, Gesamtschulen, Erhöhung der Durchlässigkeit, Einführung des Kurssystems in der gymnasialen Oberstufe, Ausbau des zweiten Bildungsweges, Ausbildungsförderung) der Zugang zu den Hochschulen erweitert. Die Quote der Absolvent\*innen mit Hochschulreife oder Fachhochschulreife stieg hierdurch und durch den gleichzeitigen Kapazitätsausbau der Gymnasien in den Bundesländern mit konservativer Schulstruktur stark an. 1970 betrug sie noch 11,7%, 1990 lag sie schon bei 33,8%. Und diese Entwicklung hat sich bis heute fortgesetzt.

### Die 50%-Marke ist überschritten

2017 hatte mehr als die Hälfte der Schulabsolvent\*innen eine Studienberechtigung. 40,2% hatten das Abi-

## Das Abitur im Wandel

### Rückblick und Bestandsaufnahme

Von Jürgen Burger

ins Deutsche (dreistündig). In der Rheinprovinz kam noch ein fünfstündiger Religionsaufsatz hinzu. Einen Monat später folgten an drei Tagen mündliche Prüfungen in Gruppen von je 14 Schülern in Lateinisch, Griechisch, Französisch, Mathematik, Naturwissenschaften, Geschichte und Religion. Das hohe Gewicht der alten Sprachen, die ca. 40% des Lehrplans ausmachten, ging auf das Konzept der neuhumanistischen Bildungsreformer um Wilhelm von Humboldt zurück, die die Beschäftigung mit der Antike als geeigneten Gegenstand für die allgemeine Menschenbildung ansahen.

### Das historische Monopol des Gymnasiums

Einer der ersten Prüflinge nach diesem Reglement war 1835 Karl Marx in Trier. Er war einer der wenigen jungen Männer, die hierdurch berechtigt waren, eine Universität zu besuchen. 1836 gab es in ganz Preußen nur 1350 Abiturienten (davon 98 externe Prüflinge). Ihr Anteil an der Breite eines Jahrgangs lag bei unter 0,5%. Hätte Marx sich nicht zum Revolutionär entwickelt, so wäre ihm nach dem Universitätsexamen ein höheres Amt im Preußischen Staatsapparat sicher gewesen. Das Gymnasium hatte durch den Erlass von 1834 die Monopolstellung für den Hochschulzugang erhalten, während davor auch Absolventen anderer Schulen (z.B. der städtischen



## Abiturientinnen 1938 am Lyzeum Vietor in Schwachhausen.

Die damalige Mädchenschule wurde 1912 von der Pädagogin Anne Vietor gegründet.

Foto: Schulmuseum

tur als allgemeine Hochschulreife, 10,7% die Fachhochschulreife. Dabei ist die Abiturientenquote in den Ländern sehr unterschiedlich verteilt: Die Extreme sind Bayern mit 32,1% und Hamburg mit 53,8%. Das Streben nach höheren Schulabschlüssen ist zu einer gesellschaftlichen Bewegung geworden, und keine Restriktionspolitik ist in der Lage, sie dauerhaft aufzuhalten. Verschiedene Faktoren haben dazu beigetragen: Für immer mehr Berufe gilt das Abitur bzw. ein Studium als Zugangsvoraussetzung. Der weibliche Anteil an den Abiturient\*innen ist stark angestiegen, er liegt inzwischen bei über 50%. Die Sozialisation in den immer zahlreicheren Akademikerfamilien begünstigt, dass die Kinder ebenfalls einen akademischen Abschluss anstreben. Und schließlich haben das Entstehen einer hohen Sockelarbeitslosigkeit und eines großen Sektors prekärer Beschäftigung in den letzten vier Jahrzehnten große Angst vor einem sozialen Abstieg entstehen lassen. Ein guter Schulabschluss scheint hier einen gewissen Schutz zu versprechen.

Die Auswirkungen dieser Bewegung auf das gesamte Bildungssystem sind vielfältig. In den Grundschulen drängen die Eltern schon im dritten Jahrgang darauf, dass ihre Kinder eine Gymnasialempfehlung erhalten. Die allgemeinbildenden Schulen, die vor

der Aufgabe stehen, über 40% der Schüler\*innen zum Abitur zu führen, sind hierfür unzureichend ausgestattet und oft nicht mehr in der Lage, allen Schüler\*innen, die das Abitur anstreben, ausreichende Basisqualifikationen als Voraussetzung für die Aufnahme eines Studiums zu vermitteln. Alle Schulen, die nicht zum Abitur führen, stehen in der Gefahr, zu »Schulen der Verlierer« zu werden. Das duale System der Berufsbildung wird ausgedünnt. Der aus der erhöhten Abiturientenzahl resultierende Investitionsbedarf an den Hochschulen wurde nicht gedeckt. So entstand eine neue Überfüllungskrise. Die universitäre Lehre in Massenveranstaltungen lässt das Bachelor-Studium oft zu einer Art »Sekundarstufe III« werden, in der Grundlagenwissen gepaukt wird. Die Hochschulen haben auf den Zustrom in vielen Bereichen mit Zulassungsbeschränkungen reagiert. Dies wirkt wiederum auf die gymnasiale Oberstufe zurück. Kurse werden nach der Chance ausgewählt, eine gute Zensur zu bekommen. Und die Aufzählung ließe sich sicher fortsetzen.

### Einige Konsequenzen

Die erste Schlussfolgerung aus diesem Dilemma ist einfach, aber unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen schwer durchzusetzen: Ein expandierendes Bildungssystem

braucht eine viel bessere Finanzierung. Die Verweildauer der Schüler\*innen im System steigt, die Anforderungen werden höher. Hinzu kommt der Nachholbedarf der Schüler\*innen mit Migrationshintergrund und aus benachteiligten sozialen Lagen. Die Schulen brauchen eine bedeutend bessere Schüler-Lehrer-Relation. Dasselbe gilt für die Lehrkapazitäten an den Hochschulen. Ein Land, in dem mehr als die Hälfte der Jugendlichen einen höheren Schulabschluss und ein Studium anstrebt, darf nicht mehr 4,2% des BIP (nach OECD-Kriterien), sondern muss 6-7% des BIP für die Schulen aufbringen.

Zweitens muss der Unterricht auf eine breite Allgemeinbildung ausgerichtet sein. Hierzu bedarf es einer ausführlichen inhaltlichen Debatte, was unter den heutigen und zukünftigen Bedingungen (Digitalisierung, Migration, Klimawandel) die Schlüsselkompetenzen ausmacht, und welche Kulturtechniken hierbei unverzichtbar sind.

Und drittens muss die Durchlässigkeit des Bildungssystems erhöht werden, nachdem Deutschland in den 1970-er und 1980-er Jahren die historische Chance verspielt hat, ein einheitliches demokratisches Bildungssystem zu schaffen. Es darf keine Sackgassen mehr geben.

Literatur und Statistiken zu diesem Artikel können in der Online-Version auf der Homepage der GEW nachgelesen werden.